

PANAGIOTIS KOUPARANIS

TAGUNGSBERICHT

“Friedenssicherung in Südosteuropa: Föderationsprojekte und Allianzen seit dem Beginn der nationalen Eigenständigkeit”

Internationale Hochschulwoche der Südosteuropa-Gesellschaft in Zusammenarbeit mit dem Südost-Institut in Tutzing (bei München) vom 10. bis 14. Oktober 1983

Im Herbst 1983 nahmen über 100 Historiker aus Südosteuropa (mit Ausnahme von Albanien), Österreich und der Bundesrepublik Deutschland die Gelegenheit wahr, miteinander zu diskutieren und sich über den Stand der Forschung in den verschiedenen Ländern zu informieren.

In den vielen Beiträgen, denen eine engagierte, aber zugleich sachliche Diskussion folgte, tauchten drei Fragen auf, die zum Teil im Titel als Begriffe enthalten sind:

1. Konnte Friedenssicherung durch Bündnisse erreicht werden?
2. Hätte der Frieden durch Beibehaltung oder durch Veränderung des Status quo gesichert werden können?
3. Waren die südosteuropäischen Nationalbewegungen stabilisierende oder destabilisierende Elemente für den Frieden?

Zu diesen Problemen stellte M. Bernath (West-Berlin/München) in seinem Einführungsvortrag eine Tour d'horizon der geschichtlichen Entwicklung des Friedensbegriffes und der Nationalen Frage vor.

Die einzelnen Referate, die auf der Tagung in chronologischer Reihenfolge gehalten wurden und hier kurz vorgestellt werden, zeigten, daß die kleinen Nationen und Staaten auf dem Balkan sich zur Sicherung ihrer autonomen Existenz immer wieder mit Föderationsplänen beschäftigt hatten.

Die ersten Föderationsprojekte entstanden mit der Genese der Nationalbewegungen, wie E. Turczynski (Bochum/München) am Beispiel des Verfassungsvertrages von Rigas Pheraios aufzeigte. Der Revolutionsplan von Rigas hatte einen gesamtbalcanischen Aspekt, indem er einen Völkerstaat “Balkan” zum Ausgangspunkt des Projektes machte. Auf dieser Grundlage

bewegte sich später auch das Programm der Filike Hetairia, die mit dem Versuch scheiterte, einen Aufstand von der Moldau und Walachei auf den gesamten Balkan auszudehnen. Erst der Aufstand in Morea und dessen Beschränkung auf die Griechen im eigentlichen Griechenland brachte den Erfolg. Denn damit wurde es den anderen Nationalbewegungen auf dem Balkan möglich, sich gegenüber den Griechen abzugrenzen.

Über ungarische Föderationspläne im 19. Jahrhundert referierten A. Gergely und E. Palotás (beide Budapest). Die Berücksichtigung zweier Faktoren, nämlich des Nationalitätenproblems und der außenpolitischen Implikationen, d.h. der Interessen der Großmächte, werden bei allen diesen Projekten deutlich. Die Föderationspläne bewegten sich entweder im Rahmen der gegebenen Habsburgermonarchie, beschränkten sich auf das Gebiet der Stephanskrone oder erstreckten sich auf andere Gebiete Mittel- und Osteuropas. Bis zur Niederschlagung der Revolution 1849 existierten zwei Konzeptionen der Föderationspläne, eine ständische und eine demokratische. Die letztere wurde von der ungarischen Emigration weiterverfolgt, die in ihrem Plan eine Zerschlagung des "Völkerkerkers" der Habsburgermonarchie voraussetzte. Allerdings wurde solchen Projekten durch die Ausgleichsverhandlungen der führenden politischen Schicht Ungarns mit Wien in den 1860er Jahren den Boden entzogen.

Den Nationalitätenkonzepten von verschiedenen Fraktionen der österreichischen Führungsschicht in der Ära des Neoabsolutismus galt das Referatsthema von H. Haselsteiner (Wien). Vom Reichstag von Kremsier bis zum österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 standen nicht nur die Beziehungen Österreichs zu Ungarn und zu den übrigen Kronländern, sondern die Verfassungsgesetze selbst im Mittelpunkt aller Konzeptionen.

Über Pläne zu einem Nationalitätenbundesstaat aus der Sicht der Austromarxisten referierte R. Neck (Wien). In einer regen Diskussion, in der besonders Karl Renner und Otto Bauer Entscheidendes zur Nationalen Frage beitrugen, bemühte sich die österreichische Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende ein Konzept zu entwerfen, das den sich abzeichnenden Verfall der Habsburgermonarchie unter entgegengesetzten Vorzeichen abhalten sollte. Durch Personalautonomie und "Verwirklichung" der Nationalitäten sollten diese zu staatstragenden Faktoren werden, was ihnen ermöglichen sollte, die Forderung nach Eigenstaatlichkeit aufzugeben. Die unterschiedliche Haltung der sozialdemokratischen Parteien zum Ersten Weltkrieg und der Zerfall der 2. Internationalen entzog dem Renner/Bauer-Programm den Boden.

D. Berindei (Bukarest) behandelte die Föderationspläne von N. Bălcescu. Nachdem sich die Hoffnung Rumäniens, von Frankreich unterstützt zu

werden, als Illusion erwiesen hatte, plädierte N. Bălcescu für eine Vereinigung Rumäniens mit Ungarn, die den Kern seiner Föderationsprojekte darstellte.

Die serbischen Föderationskonzepte in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts, die eine Balkanföderation als südslawische Variante, ein jugoslawisches Bündnis oder eine Allianz der Donauländer vorsahen, behandelte A. Radenić (Belgrad).

Frau M. Gross (Zagreb) sah in den Föderationsplänen der Kroaten seit 1848 die jugoslawistische Ideologie zugleich als kroatische nationale Integrationsideologie, wobei der Föderalismus in der Grundlage ihrer Struktur verankert war. Trialistische Pläne (Österreich-Ungarn-Kroatien) sind dabei als pseudoföderalistisch zu bewerten. In den Plänen zur föderativen Neugestaltung der Habsburger könne man die erste Phase zur Erlangung eines künftigen föderativen südslawischen Staates erkennen.

In Zusammenhang mit dem Vortrag von Frau V. Paskaleva (Sofia) über bulgarische Föderationspläne im 19. Jahrhundert wurde in der Diskussion auf eine Inflation an Föderationsprojekten in den 50er und 60er Jahren dieses Jahrhunderts in Südosteuropa hingewiesen. Diese "Sternstunde" der Föderationspläne hing mit der geschwächten Position Österreichs und Rußlands zusammen, die damals empfindliche militärische Niederlagen erlitten hatten. Dadurch erschien den Nationalbewegungen und den verschiedenen Trägerschichten solcher Konzeptionen die Möglichkeit der Realisierung als gegeben.

Frau B. Papoulia (Thessaloniki) stellte ihrem Referat über die Problematik des "Balkanbundes" 1903-1913 den methodischen Aspekt ihrer Vorgehensweise voran. Der Zusammenschluß der Welt vor dem Ersten Weltkrieg zu einem politischen Kraftfeld fand seinen Ausdruck in der Konzeption des Gleichgewichts zwischen den Großmächten, das im Grunde genommen eine *Façon de parler* für die Erhaltung des Status quo war. Das Interesse der Großmächte an einer "Balance of Power" wurde zum bestimmenden Faktor bei der Konstitutierung des Balkanbundes. Jede Veränderung des Status quo auf dem Balkan hatte darauf Rücksicht zu nehmen.

Am Beispiel der kleinen Entente zeigte H. Sundhausen (Göttingen/München), daß gerade die Erhaltung des Status quo im höchsten Maß zur Destabilisierung des Friedens führen kann. Friedenssicherung setzt eine aktive Gestaltung des Friedens voraus. Auf die kleine Entente angewandt, hätte dies deren Verständigung mit den revisionistischen Staaten Ungarn und Bulgarien bedeutet.

In einem Ko-Referat untersuchte S. Troebst (West-Berlin) die Destabilisierungsversuche Italiens in Südosteuropa. Der Aufbau eines eigenen Bündnis-systems mit südosteuropäischen Staaten scheiterte an der finanziellen Schwäche

Italiens. Es versuchte deshalb seinen Einfluß mit Hilfe der Irredenta (z.B. IMRO) geltend zu machen.

Als Grundprinzip der kemalistischen Außenpolitik stellte I. Ortaylı (Ankara) das Ziel einer engen Verbindung zu den Balkanländern heraus. In diesem Sinn war die türkische Politik antirevisionistisch. Wenngleich sie, indem sie den Meerengenstatus verändern wollte, revisionistische Positionen einbezog.

In den Föderationsprojekten der ostmittel- und südosteuropäischen Exilregierungen zur Zeit des Zweiten Weltkrieges spielte Großbritannien die Schlüsselrolle als Garant einer Föderation. Dieses Projekt lehnte nicht nur die Sowjetunion ab, die darin einen erneuten Cordon sanitaire erblickte. Wie D. Brandes (West-Berlin) aufzeigte, standen dem auch die griechische und die tschechoslowakische Exilregierungen reserviert gegenüber. Die griechische, weil sie Griechenland außerhalb der Gefahrenzone wählte, die tschechoslowakische, weil sie einer Annäherung an die Sowjetunion Vorrang einräumte.

Im letzten Beitrag der Tagung referierte K.-D. Grothusen (Hamburg) über den Balkanpakt von 1953/54 zwischen Griechenland, Jugoslawien und der Türkei. Er stellte den letzten Versuch regionaler Friedenssicherung durch Sicherung des Status quo in Südosteuropa dar. Da Griechenland und die Türkei zum damaligen Zeitpunkt bereits der NATO angehörten, und sie bei einer unprovokierten Aggression gegen Jugoslawien diesem Hilfe leisten würden, war dieser Pakt nichts anderes als eine indirekte Anbindung Jugoslawiens an die NATO.

Sieht man nunmehr den Titel des Kongresses unter dem Prisma der Erkenntnisse, die den Vorträgen entnommen wurden, so ist er mehr als fraglich, da viele Föderationsprojekte und Bündnissysteme einen destabilisierenden Charakter hatten. Friedenssicherung ist keinesfalls durch bloße Sicherung des Status quo erreicht worden.

Die nationalen Bewegungen können zwar als fortschrittliche Erscheinung ohne historische Alternative betrachtet werden, sie sorgten aber für ständige Instabilität. In diesem Zusammenhang wurden Föderationsprojekte eigentlich immer ein Instrument zur Durchsetzung nationaler Interessen.

Es sei zum Schluß noch angemerkt, daß, obwohl die allermeisten dieser Föderationspläne nie verwirklicht wurden, es falsch wäre, sie als Utopien abzutun. Sie wurden von bestimmten Schichten getragen, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Stellung die eigenen Interessen in ihnen ausdrückten und mit ihnen verknüpften. Auf diesen Aspekt wurde allerdings in nur wenigen Vorträgen eingegangen. Was als bemerkenswert bei der Zusammensetzung der Kongreßteilnehmer angesehen werden muß: die marxistische Position blieb bei dieser Tagung ante portas.